



Plenarsitzungsdokument

**B9-0097/2022 }
B9-0098/2022 }
B9-0108/2022 }
B9-0111/2022 }
B9-0114/2022 }
B9-0117/2022 } RC1**

16.2.2022

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 der Geschäftsordnung

anstelle der folgenden Entschließungsanträge:

B9-0097/2022 (The Left)

B9-0098/2022 (Verts/ALE)

B9-0108/2022 (S&D)

B9-0111/2022 (Renew)

B9-0114/2022 (ECR)

B9-0117/2022 (PPE)

zu den aktuellen Menschenrechtsentwicklungen auf den Philippinen
(2022/2540(RSP))

Željana Zovko, Seán Kelly, Michael Gahler, David McAllister, Sandra Kalniete, Andrey Kovatchev, Isabel Wiseler-Lima, Miriam Lexmann, Adam Jarubas, Sara Skytvedal, Tomáš Zdechovský, Inese Vaidere, Krzysztof Hetman, Janina Ochojska, David Lega, Christian Sagartz,

RC\1249740DE.docx

PE719.361v01-00 }
PE719.362v01-00 }
PE719.372v01-00 }
PE719.375v01-00 }
PE719.378v01-00 }
PE719.381v01-00 } RC1

Antonio López-Istúriz White, Vladimír Bilčík, José Manuel Fernandes, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Eva Maydell, Vangelis Meimarakis, Romana Tomc, Peter Pollák, Stelios Kypouropoulos, Arba Kokalari, Loránt Vincze, Jiří Pospíšil, Ivan Štefanec, Michaela Šojdrová, Ioan-Rareş Bogdan, Luděk Niedermayer

im Namen der PPE-Fraktion

Pedro Marques, Andrea Cozzolino, Javi López

im Namen der S&D-Fraktion

Svenja Hahn, Petras Auštrevičius, Malik Azmani, Izaskun Bilbao

Barandica, Olivier Chastel, Andreas Glück, Klemen Grošelj, Bernard

Guetta, Karin Karlsbro, Moritz Körner, Dragoş Pîslaru, Frédérique Ries,

María Soraya Rodríguez Ramos, Nicolae Ştefănuţă, Ramona Strugariu,

Hilde Vautmans

im Namen der Renew-Fraktion

Hannah Neumann, Ernest Urtasun

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Anna Fotyga, Karol Karski, Eugen Jurzyca, Adam Bielan, Assita Kanko,

Bogdan Rzońca, Jadwiga Wiśniewska, Raffaele Fitto, Ryszard Antoni

Legutko, Valdemar Tomaševski, Veronika Vrecionová, Witold Jan

Waszczykowski, Elżbieta Rafalska, Ryszard Czarnecki, Carlo Fidanza,

Tomasz Piotr Poręba

im Namen der ECR-Fraktion

Miguel Urbán Crespo

im Namen der Fraktion The Left

Fabio Massimo Castaldo

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den aktuellen Menschenrechtsentwicklungen auf den Philippinen (2022/2540(RSP))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine vorangegangenen Entschlüsse zu den Philippinen, insbesondere die Entschlüsse vom 15. September 2016¹, 16. März 2017², 19. April 2018³ und 17. September 2020⁴,
 - unter Hinweis auf die EU-Menschenrechtsleitlinien,
 - unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948,
 - unter Hinweis auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966,
 - unter Hinweis auf das gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für Menschenrechte auf den Philippinen, das von der Regierung der Philippinen und den Vereinten Nationen am 22. Juli 2021 unterzeichnet wurde,
 - unter Hinweis auf die gemeinsame Pressemitteilung der EU und der Philippinen vom 5. Februar 2021 im Anschluss an die erste Sitzung des Unterausschusses für gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte,
 - unter Hinweis auf das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH),
 - unter Hinweis auf das Gesetz Nr. 11479 der Republik der Philippinen vom 3. Juli 2020, das auch als Antiterrorgesetz bekannt ist,
 - unter Hinweis auf die Erklärung zu den Philippinen, die Michelle Bachelet, Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, auf der 48. Tagung des Menschenrechtsrats am 7. Oktober 2021 abgegeben hat,
 - gestützt auf Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Philippinen und die EU seit Langem diplomatische, wirtschaftliche, kulturelle und politische Beziehungen pflegen; in der Erwägung, dass die Europäische Union und die Philippinen durch die Ratifizierung des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit ihr gemeinsames Engagement für die Grundsätze der guten Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und

¹ ABl. C 204 vom 13.6.2018, S. 123.

² ABl. C 263 vom 25.7.2018, S. 113.

³ ABl. C 390 vom 18.11.2019, S. 104.

⁴ ABl. C 385 vom 22.9.2021, S. 133.

Frieden und Sicherheit in der Region bekräftigt haben;

- B. in der Erwägung, dass es auf den Philippinen seit der Wahl von Präsident Rodrigo Duterte im Mai 2016 und dem Beginn des „Kriegs gegen Drogen“ zu einer schockierenden Zahl von außergerichtlichen Tötungen und Menschenrechtsverletzungen gekommen ist;
- C. in der Erwägung, dass die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte im Juni 2020 berichtet hat, dass die Tötungen im Zusammenhang mit der Drogenbekämpfungskampagne der Regierung weit verbreitet und systematisch sind; in der Erwägung, dass Organisationen der Zivilgesellschaft zufolge zwischen 12 000 und 30 000 Menschen während Drogenrazzien getötet wurden, während Behördenangaben zufolge im Rahmen von Polizeieinsätzen bei diesen Razzien 6 200 Menschen getötet wurden; in der Erwägung, dass Präsident Duterte die Polizei ausdrücklich zu außergerichtlichen Tötungen ermutigt und ihr Immunität versprochen hat und dass Polizeibeamte, die sich an außergerichtlichen Tötungen beteiligt haben, befördert wurden; in der Erwägung, dass Präsident Duterte geschworen hat, seine Kampagne zur Drogenbekämpfung bis zum Ende seiner aktuellen Amtszeit als Präsident im Juni 2022 fortzusetzen;
- D. in der Erwägung, dass seit Juni 2016 mindestens 146 Menschenrechtsverteidiger und mindestens 22 Journalisten getötet wurden und dass bislang niemand in einem dieser Fälle verurteilt wurde;
- E. in der Erwägung, dass die Angriffe auf die Ausübung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit systematisch waren; in der Erwägung, dass unter der Regierung von Präsident Duterte 50 Gewerkschaftler außergerichtlich getötet wurden; in der Erwägung, dass die Regierung die Pandemie als Rechtfertigung für Untätigkeit herangezogen hat und eine hochrangige Dreiparteienmission der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in dem Land verschoben hat;
- F. in der Erwägung, dass die als „red-tagging“ bezeichnete Praxis, in deren Rahmen Organisationen und Einzelpersonen von den Behörden mit kommunistischen Gruppen in Verbindung gebracht werden, weiterhin dazu führt, dass Menschenrechtsverteidiger, Gegner, Gewerkschaftsaktivisten, Umweltschützer und Journalisten, die mutmaßliche außergerichtliche Tötungen und andere Menschenrechtsverletzungen offenlegen wollen, getötet, bedroht, ohne Haftbefehl verhaftet und schikaniert werden; in der Erwägung, dass diese Praxis mit dem 2020 verabschiedeten Antiterrorgesetz institutionalisiert wurde;
- G. in der Erwägung, dass der Oberste Gerichtshof am 9. Dezember 2021 die Rechtmäßigkeit der meisten Bestimmungen des von Präsident Dutertes Regierung verabschiedeten Antiterrorgesetzes bestätigt hat, gemäß dem Sicherheitskräfte befugt sind, Verdächtige festzunehmen und bis zu 24 Tage lang zu inhaftieren, ohne dass ein Haftbefehl vorliegt oder Anklage erhoben wird;

H. in der Erwägung, dass die COVID-19-Pandemie die Verschlechterung der

Menschenrechtslage auf den Philippinen – insbesondere im Hinblick auf das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Integrität der Medien und die vorhersehbare Durchsetzung – weiter beschleunigt hat und dass sie schwerwiegende Auswirkungen auf die Kapazitäten der Medien und der Zivilgesellschaft hatte, entsprechende Vergehen zu dokumentieren; in der Erwägung, dass die am stärksten gefährdeten Gemeinschaften in städtischen Gebieten stark von dem Einsatz von Gewalt durch die Polizei und das Militär zur Durchsetzung der Quarantäne betroffen waren;

- I. in der Erwägung, dass Michelle Bachelet, Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, in ihrem jüngsten Bericht vom 7. Oktober 2021 über die Philippinen betont hat, dass es im ganzen Land zu anhaltenden und schweren Menschenrechtsverletzungen kommt und dass grundlegende Menschenrechtsnormen nicht beachtet werden;
- J. in der Erwägung, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Oktober 2020 betont hat, dass es wichtig ist, dass die Regierung der Philippinen für Rechenschaftspflicht in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen sorgt und dass unabhängige, vollständige und transparente Untersuchungen zu diesen Verletzungen durchgeführt werden und alle, die schwere Straftaten begangen haben, strafrechtlich verfolgt werden;
- K. in der Erwägung, dass die Vorverfahrenskammer des IStGH am 15. September 2021 mitgeteilt hat, dass sie es der Anklagebehörde gestattet hat, eine Ermittlung zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzuleiten, einschließlich Morden, die im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen Drogen“ unter der Regierung von Präsident Duterte begangen wurden, und Morden, die zwischen 2011 und 2016 mutmaßlich von der sogenannten „Davao Death Squad“ in Davao begangen wurden;
- L. in der Erwägung, dass sich die Philippinen im März 2018 auf die Initiative von Präsident Duterte vom IStGH zurückgezogen haben, nachdem der IStGH mit einer ersten Prüfung der Beschwerde gegen Rodrigo Duterte im Zusammenhang mit den zahlreichen Tötungen im Zuge der Kampagne zur Drogenbekämpfung begonnen hatte;
- M. in der Erwägung, dass im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen im Mai 2022 über zunehmende Verleumdungs-, Hass- und Desinformationskampagnen und wachsende „Armeen von Trollen“ im philippinischen Cyberraum berichtet wird; in der Erwägung, dass soziale Medien die wichtigste Informationsquelle auf den Philippinen sind; in der Erwägung, dass derartige Angriffe insbesondere gegen Frauen und Minderheiten gerichtet sind; in der Erwägung, dass vor Kurzem über 300 Konten in sozialen Medien wegen Verstößen gegen Spam- und Manipulationsregeln gelöscht wurden; in der Erwägung, dass das philippinische Parlament in dem Versuch, gegen Missbrauch im Internet vorzugehen, ein Gesetz verabschiedet hat, gemäß dem die Nutzer sozialer Medien verpflichtet sind, bei der Erstellung neuer Konten ihre rechtliche Identität anzugeben; in der Erwägung, dass berechtigte Bedenken bestehen, dass dieses Gesetz von der Regierung missbraucht werden könnte, um Journalisten und die Zivilgesellschaft anzugreifen; in der Erwägung, dass die Staatsorgane der Philippinen die EU nicht aufgefordert haben, eine Wahlbeobachtungsmission

durchzuführen;

- N. in der Erwägung, dass das philippinische Repräsentantenhaus am 2. März 2021 in dritter Lesung den Gesetzentwurf Nr. 7814 verabschiedet hat, der der philippinischen Menschenrechtskommissarin zufolge vorsieht, dass bei Personen, die beschuldigt werden, illegalen Drogenhandel zu betreiben, zu finanzieren, zu schützen, zu verschleiern und/oder daran beteiligt zu sein, von ihrer Schuld ausgegangen wird, und mit dem der philippinischen Menschenrechtskommissarin zufolge zudem versucht wird, die Todesstrafe wieder einzuführen;
- O. in der Erwägung, dass der vom Repräsentantenhaus verabschiedete Gesetzentwurf zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern im Senat noch nicht angenommen wurde;
- P. in der Erwägung, dass aus dem von der EU-Delegation auf den Philippinen erstellten Gleichstellungsprofil 2021 des Landes hervorgeht, dass patriarchalische Normen in Politik, Kultur und Gesellschaft auch durch philippinische Gesetze und politische Strategien kodifiziert und verstärkt werden, was durch eine Gesetzgebung und Politikgestaltungsorgane ermöglicht wird, die ununterbrochen von Männern dominiert werden; in der Erwägung, dass geltende Gesetze wie das überarbeitete Strafgesetzbuch und das Familiengesetzbuch nach wie vor Bestimmungen enthalten, durch die Frauen diskriminiert werden;
- Q. in der Erwägung, dass die Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa, eine Journalistin und Mitgründerin der Nachrichtenwebsite Rappler, 2019 wegen Online-Verleumdung verhaftet und am 15. Juni 2020 verurteilt wurde; in der Erwägung, dass die Journalisten Orlando Dinoy und Reynante Cortes 2021 von nicht identifizierten Bewaffneten getötet wurden;
- R. in der Erwägung, dass die Senatorin Leila De Lima nach fünf Jahren ohne Prozess und auf der Grundlage fingierter Anschuldigungen noch immer in Haft ist; in der Erwägung, dass die Senatorin De Lima aus diskriminierenden Gründen inhaftiert wurde, da sie wegen ihrer politischen Standpunkte und ihres Status als Menschenrechtsverteidigerin und Frau ins Visier genommen wurde, und dass ihr in den Jahren der Untersuchungshaft ihre Wahlrechte vorenthalten wurden und die Möglichkeit verwehrt wurde, sich bei Sitzungen des Senats zuzuschalten; in der Erwägung, dass die Senatorin De Lima, die ihre Absicht bekundet hat, erneut für den Senat zu kandidieren, nicht die gleichen Rechte und Möglichkeiten für das Führen ihres Wahlkampfes haben wird wie andere Kandidaten;
- S. in der Erwägung, dass die Philippinen ein begünstigtes Land im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems Plus (APS+) sind; in der Erwägung, dass die Philippinen daher 27 internationale Übereinkommen über Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz und gute Regierungsführung wirksam umsetzen müssen; in der Erwägung, dass im Jahr 2020 26 % aller philippinischen Ausfuhren in die EU (im Wert von 1,6 Mrd. EUR) im Rahmen dieses Systems bevorzugt behandelt wurden;

1. verurteilt aufs Schärfste die Tausenden von außergerichtlichen Tötungen und anderen

schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen Drogen“; fordert eine entschlossene Reaktion der EU;

2. fordert die Regierung der Philippinen erneut auf, jegliche Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen mutmaßliche Drogenstraftäter, einschließlich unrechtmäßiger Tötungen, willkürlicher Verhaftungen, Folterungen und anderer Übergriffe, unverzüglich einzustellen und private und staatlich unterstützte paramilitärische Gruppen, die am „Krieg gegen Drogen“ beteiligt sind, aufzulösen;
3. verurteilt alle Formen von Drohungen, Schikanen, Einschüchterungen und Gewalt, die gegen diejenigen gerichtet sind, die mutmaßliche außergerichtliche Tötungen und andere Menschenrechtsverletzungen im Land aufdecken wollen; verurteilt die Praxis des „red-tagging“ von Regierungsbeamten, die sich gegen Aktivisten, Journalisten und Kritiker richtet und durch die diese möglichen Schaden ausgesetzt werden, und fordert in diesem Zusammenhang die Abschaffung der nationalen Taskforce zur Beendigung lokaler kommunistischer bewaffneter Konflikte (NTF-ELCAC), die für diese Praxis verantwortlich ist;
4. fordert die Staatsorgane auf, dem „red-tagging“ von Organisationen und Einzelpersonen, einschließlich Menschenrechtsverteidigern, Umweltschützern, Journalisten, Gewerkschaftsaktivisten sowie Kirchenmitarbeitern und humanitären Helfern, ein Ende zu setzen; fordert die Regierung auf, alle Menschenrechtsverteidiger, politischen Dissidenten und Journalisten, die ungerechtfertigt inhaftiert wurden, freizulassen und alle politisch motivierten Anklagen gegen sie unverzüglich fallen zu lassen;
5. fordert die Staatsorgane auf, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu achten und dafür zu sorgen, dass Journalisten ihrer Arbeit ohne Angst nachgehen können; fordert, dass der Verfolgung von Maria Ressa, Frenchie Mae Cumpio und allen anderen unabhängigen Journalisten ein Ende gesetzt wird;
6. fordert die Staatsorgane der Philippinen erneut auf, der politischen Schikanie von Senatorin Leila De Lima ein Ende zu setzen, ihre sofortige und bedingungslose Freilassung anzuordnen und diejenigen, die für ihre willkürliche Inhaftierung und andere Menschenrechtsverletzungen, die gegen sie begangen wurden, wie geschlechtsspezifische Angriffe und Verletzungen ihres Rechts auf ein faires Verfahren, verantwortlich waren, in fairen Verfahren strafrechtlich zu verfolgen; fordert die EU auf, das Verfahren gegen Senatorin De Lima auch weiterhin genau zu beobachten;
7. verurteilt aufs Schärfste die herabwürdigenden, sexistischen und frauenfeindlichen Äußerungen von Präsident Duterte über Frauen und Menschen, die sich als Teil der LGBTIQ+-Gemeinschaft identifizieren, und fordert ihn nachdrücklich auf, von der Aufstachelung zu Gewalt gegen sie abzusehen;
8. fordert die Staatsorgane der Philippinen auf, unverzüglich unparteiische, transparente, unabhängige und aussagekräftige Untersuchungen aller außergerichtlichen Tötungen, einschließlich der Fälle von Jory Porquia, Randall „Randy“ Echanis und Zara Alvarez,

sowie des Verschwindenlassens und des Todes von Elena Tijamo und mutmaßlicher Verstöße gegen internationale Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht durchzuführen, um die Täter strafrechtlich zu verfolgen; fordert die Staatsorgane der Philippinen auf, dafür zu sorgen, dass gegen alle führenden Polizeibeamten und Politiker ermittelt wird und sie strafrechtlich verfolgt werden, wenn der begründete Verdacht besteht, dass sie direkt und/oder aufgrund von Kommandoverantwortung oder Verantwortlichkeit als Vorgesetzter für Verbrechen nach dem Völkerrecht und andere schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind;

9. fordert, dass die Staatsorgane der Philippinen die Gewerkschaften unverzüglich zu einem Fahrplan mit Terminvorgaben zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des Berichts der IAO über den virtuellen Austausch über die Philippinen konsultieren und dass sie unverzüglich eine hochrangige Dreiparteienmission der IAO auf den Philippinen akzeptieren, um die Umsetzung der Schlussfolgerungen der IAO aus dem Jahr 2019 zu überwachen;
10. betont, dass Personen, die für Verstöße gegen innerstaatliches Recht und internationale Menschenrechtsnormen verantwortlich sind, unabhängig von ihrem Rang oder ihrer Stellung in fairen Verfahren vor Zivilgerichten zur Rechenschaft gezogen werden müssen;
11. bekräftigt seine Ablehnung der Todesstrafe und weist darauf hin, dass das Strafrecht stets auf der Unschuldsvermutung beruhen muss;
12. fordert die Philippinen auf, Rechtsvorschriften, durch die Frauen immer noch diskriminiert werden, zu ändern oder aufzuheben und die Rechte der Frau zu fördern und zu schützen;
13. betont, dass die Vorverfahrenskammer I des IStGH dem Antrag der Anklagebehörde stattgegeben hat, Ermittlungen zu Verbrechen einzuleiten, die in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fallen und mutmaßlich zwischen dem 1. November 2011 und dem 16. März 2019 während der Kampagne „Krieg gegen Drogen“ im Hoheitsgebiet der Philippinen begangen wurden;
14. bedauert zutiefst die Entscheidung der Regierung der Philippinen, sich vom Römischen Statut zurückzuziehen; fordert die Regierung auf, ihre Entscheidung rückgängig zu machen; legt dem IStGH nahe, seine Ermittlungen zu den mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit den Tötungen während des „Kriegs gegen Drogen“ fortzuführen; fordert die Regierung der Philippinen auf, bei ihren Ermittlungen zur Lage auf den Philippinen uneingeschränkt mit der Anklagebehörde des IStGH zusammenzuarbeiten und die innerstaatlichen Instrumente zur Gewährleistung der Sicherheit von Zeugen und Vermittlern dringend zu verbessern und besser zu finanzieren;
15. fordert die Regierung auf, das Antiterrorgesetz und seine Durchführungsbestimmungen und -verordnungen zu ändern, um sie mit den internationalen Standards zur Terrorismusbekämpfung in Einklang zu bringen;

16. ist der Ansicht, dass die Fähigkeit des gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte auf den Philippinen, die Menschenrechtslage im Land zu beobachten, untergraben wird und dass das Programm möglicherweise nicht zu den notwendigen Abhilfemaßnahmen führen wird, wenn nicht alle Ergebnisse öffentlich und transparent dargelegt und unabhängige Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv einbezogen werden;
17. fordert die Philippinen nachdrücklich auf, das Gesetz über die Rechte indigener Völker vollständig umzusetzen und ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte indigener Völker, auch in bewaffneten Konflikten, nachzukommen; ist entsetzt über die Praxis des Menschenhandels, der militärischen Rekrutierung von Kindern und ihrer Verwendung in Konflikten durch paramilitärische Gruppen im Land und fordert alle beteiligten Parteien nachdrücklich auf, solchen Praktiken Einhalt zu gebieten;
18. befürchtet, dass die politischen Rechte in der bevorstehenden Wahl- und Wahlkampfzeit online und offline weiter verletzt und eingeschränkt werden; fordert alle Kandidaten auf, auf Desinformationskampagnen und Armeen von Trollen zu verzichten und sich zu fairen und faktengestützten Kampagnen zu verpflichten und so weitere Spaltungen in der philippinischen Gesellschaft und Politik zu verhindern; fordert die Staatsorgane der Philippinen auf, eng mit den Unternehmen der sozialen Medien zusammenzuarbeiten, um Manipulationen, Spamming und alle anderen Versuche, den öffentlichen Diskurs zu unterminieren, zu verhindern;
19. fordert die Staatsorgane der Philippinen auf, ihre Bemühungen um faire und freie Wahlen und eine nicht toxische Umgebung für Online- und Offline-Kampagnen zu verstärken; bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Staatsorgane der Philippinen die EU nicht aufgefordert haben, eine Wahlbeobachtungsmission durchzuführen; fordert die Regierung der Philippinen auf, für einen sicheren, freien und fairen Wahlkampf zu sorgen und Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang aller zu Wahlressourcen sicherzustellen; fordert die EU-Delegation und die Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten auf, unabhängige lokale Wahlbeobachter uneingeschränkt zu unterstützen, regelmäßig mit ihnen zusammenzutreffen und alle während des Wahlkampfs gemeldeten Zwischenfälle genau zu verfolgen, auch indem sie sich mit diesen Anliegen direkt an die Staatsorgane der Philippinen wenden;
20. bedauert die sich verschlechternde Menschenrechtslage auf den Philippinen unter Präsident Duterte und hofft auf freie und faire Wahlen, die zu einer neuen demokratischen Regierung führen, die die Menschenrechte wahrt, frühere Menschenrechtsverletzungen untersucht und strafrechtlich verfolgt und erneut dem Römischen Statut beiträgt;
21. fordert die Kommission auf, klare, öffentliche und fristgebundene Benchmarks festzulegen, damit die Philippinen ihren Menschenrechtsverpflichtungen im Rahmen des APS+ nachkommen, und fordert die Kommission erneut nachdrücklich auf, unverzüglich das Verfahren einzuleiten, das zur vorübergehenden Aussetzung der

APS+-Präferenzen führen könnte, wenn es keine wesentliche Verbesserung und Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der Staatsorgane der Philippinen gibt;

22. fordert den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik erneut auf, die Lage auf den Philippinen genau zu beobachten und dem Europäischen Parlament regelmäßig Bericht zu erstatten;
23. fordert die Mitgliedstaaten auf, von jeglichen Ausfuhren von Waffen, Überwachungstechnologie und anderer Ausrüstung, die von den Staatsorganen der Philippinen zur innerstaatlichen Repression verwendet werden kann, abzusehen;
24. fordert die EU-Delegation und die Vertretungen der Mitgliedstaaten im Land auf, der Unterstützung der Zivilgesellschaft Vorrang einzuräumen und alle verfügbaren Instrumente zu nutzen, um ihre Unterstützung für die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern und Umweltschützern zu verstärken;
25. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten, der Regierung und dem Kongress der Philippinen, den Regierungen der Mitgliedstaaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN), der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und dem Generalsekretär des Verbands Südostasiatischer Nationen zu übermitteln.